

Ragnitz, Joachim

Article — Published Version

Ostdeutschland: Eine regional differenzierte Sicht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ragnitz, Joachim (2009) : Ostdeutschland: Eine regional differenzierte Sicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 10, pp. 641-, <https://doi.org/10.1007/s10273-009-0982-z>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65628>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ostdeutschland

Eine regional differenzierte Sicht

Auch 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR gibt es große Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Trotz erheblicher Wohlstandssteigerungen im Vergleich zur Situation im Jahr 1989 liegt das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den neuen Ländern noch immer um 20% unter dem westdeutschen Durchschnittswert – mit entsprechenden Folgen für die erzielbaren Einkommen, und daraus abgeleitet auch für die Attraktivität Ostdeutschlands als Wohn- und Arbeitsstandort insbesondere für junge Menschen am Anfang ihres Berufslebens.

Dies wirft die Frage auf, wie realistisch die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ als Leitlinie politischen Handelns überhaupt ist. Denn auch Westdeutschland weist erhebliche Wohlstandsunterschiede auf; so liegt das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen um 10% über dem westdeutschen Schnitt, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein hingegen um 10% darunter. Noch größer sind die Unterschiede, wenn einzelne Landkreise betrachtet werden; so beträgt der Unterschied in der Wirtschaftskraft zwischen dem stärksten und dem schwächsten Landkreis in Bayern mehr als 100%. Und auch in Ostdeutschland selber bilden sich allmählich regionale Disparitäten heraus, auch wenn die Unterschiede zwischen starken und schwachen Regionen hier bislang weniger deutlich sind als in den westlichen Bundesländern.

An die Stelle der aggregierten Ost-West-Betrachtung sollte daher eine regional differenzierte Betrachtung treten. Dabei ist wenigstens zu berücksichtigen, dass weite Teile Ostdeutschlands dünn besiedelt und (nicht zuletzt deswegen) eher ländlich geprägt sind. Aufgrund dieser standörtlichen Bedingungen und der daraus resultierenden Wirtschaftsstruktur ist eine Angleichung der Wirtschaftskraft an westdeutsche Durchschnittswerte hier ohnehin kaum erreichbar. Vergleicht man aber ähnlich strukturierte Regionen in den neuen und den alten Bundesländern miteinander, so zeigt es sich, dass vor allem der ländliche Raum in Ostdeutschland schon recht weit zu vergleichbaren Regionen in Westdeutschland aufgeschlossen hat: Die Arbeitsproduktivität liegt hier (mit leichten Unterschieden je nach Regionstyp) zwischen 81% und 89% des Niveaus vergleichbarer Wirtschaftsräume in den alten Bundesländern, während es in den städtisch geprägten Regionen nur zwischen 73% und 82% sind. Während der ländliche Raum von der hohen Wettbe-

werbsfähigkeit der ostdeutschen Landwirtschaft profitieren kann, haben die ostdeutschen Städte ganz offenkundig bislang nicht die Rolle als „Wachstumspol“ erlangen können, die ihnen in regionalökonomischen Theorien typischerweise zugeschrieben wird.

Dies impliziert, dass die Politik sich künftig vor allem darauf konzentrieren sollte, den Aufholprozess in den Städten zu fördern. Wichtige Ansatzpunkte sind sicherlich der Ausbau der (Forschungs-)Infrastrukturen sowie die Verbesserung „weicher“ Standortfaktoren. Hier kann der Bund unterstützend wirken. Mindestens ebenso wichtig sind aber die regionalen Akteure, die in vielen Fällen noch professioneller agieren müssen, um ihre Standorte attraktiv für Unternehmen und Bürger zu machen.

Joachim Ragnitz
ifo Institut Dresden
ragnitz@ifo.de

G20-Gipfel

Die Ergebnisse von Pittsburgh

Das G20-Treffen, das so symbolträchtig in Pittsburgh stattgefunden hat, ist vor allem bemerkenswert für das, was es nicht geleistet hat. Es hat keine konkrete Regulierung für das Einkommen von Finanzmarktspezialisten gebracht, es hat keine Einigung auf eine zusätzliche Steuer für Finanztransaktionen gegeben, und eine gemeinsame Bankenregulierung und -aufsicht ist auch nicht zu entdecken. Zu finden sind vor allem unverbindliche Ankündigungen und Absichtserklärungen für Finanzen und Umwelt. Die konkreteste Aussage ist noch die, dass die Europäer etwas Stimmrecht im Internationalen Währungsfonds abgeben werden, was in erster Linie den neuen Mitgliedern am Tisch zugute kommen wird. Das ist zugleich das, was den Europäern am wenigsten gefällt, hatten sie doch auf eine weit reichende Regulierung gehofft und nicht auf Machtverlust. Daran hatten die USA und Großbritannien aber wenig Interesse. Mit dem Gefühl, dass das Schlimmste bereits vorüber ist, geht wie immer auch die Bereitschaft zu Reformen zurück. Das ist bedauerlich, denn die Probleme sind längst nicht vorüber, und die Ursachen der Finanzkrise sind keineswegs behoben.

Ernsthaft hat dennoch wohl niemand mit konkreten Ergebnissen rechnen können; zu unterschiedlich sind die Einstellungen gegenüber den Finanzmärkten. Das gilt nicht nur für die USA und Europa, sondern vor allem für die sogenannten Schwellenländer, die mit am Tisch saßen. So ist wenig außer vollmundigen Erklärungen übrig geblieben und der Demonstration eines

deutlich gestiegenen Selbstbewusstseins der Neuen am Tisch, allen voran Chinas.

Gleichwohl hat der Gipfel eine weit reichende Konsequenz: Von nun an sind die gemütlichen Zeiten der G7 oder G8 wohl endgültig vorüber, selbst wenn man angestrengt versucht, die alten Zeiten in anderen Bereichen, wie z.B. der Sicherheitspolitik, zu retten. Pittsburgh zeigt deutlich, dass die Welt heute eine andere ist und keine Problemlösung mehr ohne China, Brasilien, Südkorea und andere Schwergewichte möglich sein wird. Das ist richtig und angemessen, aber es wird auch bedeuten, dass Einigungen noch schwerer werden. Europäische und amerikanische Interessen werden sich in Zukunft nicht mehr so einfach durchsetzen lassen.

Während die G7 in den letzten Jahren zu Fototerminen verkommen waren, könnten die G20 allerdings schnell dasselbe Schicksal erleiden. Die Möglichkeit eines ernsthaften Austausches ist geschaffen, ob das Forum effektiv sein wird, muss sich erst zeigen. Wenn sich Teilnehmer in Ankündigungen überbieten und Treffen vor allem in innenpolitischer Hinsicht ausschachten wollen, kann dies nicht gelingen. Die Europäer aber sollten alles Interesse am Erfolg der G20 haben, selbst wenn sie an Einfluss verlieren. Die Alternative G2, bestehend aus den USA und China, die schon von vielen beschworen wird, ist noch weniger im Interesse der alten Welt.

*Carsten Hefeker
Universität Siegen
carsten.hefeker@uni-siegen.de*

Kernkraft

Wert der Laufzeitverlängerungen

Schwarz-Gelb hat sich vor der Bundestagswahl deutlich für eine Rücknahme des Atomausstieges ausgesprochen. Im Moment ist nicht sicher, ob Laufzeitverlängerungen tatsächlich beschlossen werden. Sicher ist jedoch, dass diese nicht kostenlos wären. Die Kraftwerksbetreiber müssten einen ökonomischen Preis zahlen, da vermutlich weder Bevölkerung noch Politik die zu erwartenden zusätzlichen Gewinne komplett den Aktionären überlassen würden. Die Bundesregierung müsste einen politischen Preis zahlen, um dem Widerstand der Opposition und des kernkraftkritischen Teils der Bevölkerung zu begegnen. Insofern

stellt sich einerseits die Frage, welchen Wert verlängerte Laufzeiten haben und andererseits, was mit den Mitteln finanziert werden soll. Dabei ist auch unklar, ob das Geld im Energiesektor verbleiben oder anderweitig eingesetzt werden könnte. Beispielsweise wäre eine Tilgung von Staatsschulden denkbar, wie seinerzeit mit den Erlösen aus den UMTS-Lizenzen. Ebenso würde ein Transfer in den Bildungssektor in Frage kommen.

Auch bei einem Verbleib im Energiesektor ist es keineswegs zwingend, in erneuerbare Energien zu investieren. Es gilt zu beachten, wo im Zieldreieck von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit anzusetzen ist, um das Geld optimal zu verwenden. Eine Entlastung der Konsumenten würde sicherlich auf Zustimmung treffen. Gleichzeitig muss jedoch beachtet werden, dass die Verbilligung von Energie dem Ziel der Umweltverträglichkeit zuwiderläuft. Da die grundlastfähige Kernkraft die Versorgungssicherheit ohnehin erhöht, bleibt das Ziel der Umweltverträglichkeit übrig. Das bedeutet aber eben nicht zwingend, dass die Reduktion von CO₂-Emissionen automatisch nur durch die Förderung erneuerbarer Energien zu erreichen ist. Eine denkbare Alternative wäre zum Beispiel, dass die Kraftwerksbetreiber als Gegenleistung für verlängerte Laufzeiten veraltete Kohlekraftwerke eher vom Netz nehmen und den Bau neuer Kohlekraftwerke zumindest aufschieben, bis die CO₂-Abscheidetechnologie zur Verfügung steht.

Somit würde eine sachorientierte und ergebnisoffene Diskussion über den politischen Preis von Laufzeitverlängerungen auch Zielkonflikte deutlich machen, die in der Öffentlichkeit oftmals nicht gesehen werden. Die bisher stark geförderten erneuerbaren Energien sind derzeit noch kein praktikabler Ersatz für etablierte Technologien: Sie sind teuer, nicht grundlastfähig und sparen vergleichsweise wenig CO₂ ein. Eine günstige Methode, CO₂ einzusparen, bis erneuerbare Energien ausreichend und kostengünstig zur Verfügung stehen, wäre der Verzicht auf Kohle zugunsten von Kernkraft. Käme es zur Abwägung „Kohle für Atom“, würde sich die Frage stellen: Ist man bereit, Kernenergie mit all seinen Risiken zu tolerieren, um CO₂-Emissionen zu sparen? Diese Wahlentscheidung wäre in der öffentlichen Debatte greifbarer und transparenter als abstrakte Investitionsbeträge in Milliardenhöhe.

*Sebastian Schröer
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut
schroeer@hwwi.org*

Literatur und Links zu diesen und anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Themen finden Sie auf der Website der ZBW unter ECONIS Select www.zbw.eu/dienstleistungen/econis_select.htm